

JUNGE LIBERALE BADEN-WÜRTTEMBERG

JA

ANTRAG NR.:

NEIN

ENTH.....

VERWIESEN AN :

Antragssteller: KV Tuttlingen

Der Landeskongress möge beschließen

Bildungspolitik – Der liberale Weg

Präambel:

Die PISA- und IGLU-Studien seit dem Jahr 2000 haben dem deutschen Bildungswesen gravierende Mängel attestiert. Der bisherige Bildungsweg zum Schulabschluss weist unterschiedliche Schwachstellen auf. Ein hoher und konkurrenzfähiger Bildungsstandard in Deutschland setzt voraus, dass diese Schwachstellen korrigiert werden. Es bedarf neuer Leitlinien, die auf liberalen Grundsätzen basieren.

Wichtige Kernkompetenzen entwickeln sich insbesondere in den ersten Lebensjahren. Das Bildungswesen muss deshalb mehr als bisher auf diesen Bereich einwirken ohne die spätere Schulbildung zu vernachlässigen. Im Folgenden wird der Bildungsweg von der Kinderkrippe bis zum Schulabschluss skizziert. Im Mittelpunkt des vorliegenden Antrages steht das Kind und seine Entwicklung, nicht die detaillierte Finanzierung jedes einzelnen Aspekts. Bildung darf nicht nur unter rein finanziellen Aspekten geplant werden, denn die Bildung der nachwachsenden Generation ist Basis für eine nachhaltig funktionierende Volkswirtschaft: „Investitionen in Bildung bringen den besten Zins“ (Benjamin Franklin).

I. Frühkindliche Bildung

Insbesondere in jungen Jahren ist es von zentraler Bedeutung, den Kindern Grundkenntnisse zu vermitteln. Lernfreude, Neugier, soziale Grundkompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung sind frühestmöglich zu fördern. Die Jungen Liberalen fordern daher:

1. Kleinstkinderbetreuung

1 Bereits in den ersten drei Lebensjahren soll durch ein bedarfsgerechtes Angebot an
2 Kinderhorten und Krippenplätzen sichergestellt werden, dass die Kinder den Umgang
3 mit Gleichaltrigen und das Einhalten von Regeln lernen. Darüber hinaus wird die Ver-
4 einbarkeit von Familie und Beruf durch diese Maßnahme gefördert. Diese Angebote
5 sollen freiwillig besucht werden können und sind entgeltlich anzubieten. Die JuLis se-
6 hen nach wie vor den klaren Erziehungsauftrag bei den Familien. Mit Elternschaft sind
7 nicht nur untrennbar Rechte, sondern auch Pflichten verbunden.
8 Die Einrichtung von betrieblichen Horten sollte in besonderer Weise gestärkt werden.

10 **2. Kindergarten**

11 Die JuLis bekennen sich zum Kindergarten. Ab dem dritten Lebensjahr soll für alle
12 Kinder ein Kindergartenplatz angeboten werden. Dieses erste Jahr ist hierbei freiwillig
13 und unentgeltlich zu besuchen. Hier wird vor allem die soziale Kompetenz gefördert.
14 Kinder, die sprachliche Defizite haben, sollten schon ab dem ersten Jahr gezielt ge-
15 fördert werden.

16 Kindergärten und Vorschulen mit integrativen Charakter sollten gefördert und flä-
17 chendeckend eingeführt werden. Aufklärungsarbeit und bessere Ausbildung der Erzie-
18 her/innen soll die Akzeptanz in der Bevölkerung stärken. Kindergärten in sozialen
19 Brennpunkten sollen regelmäßig von Sozialpädagogen besucht und unterstützt wer-
20 den.

21 Gesprächsrunden der Eltern und Erzieher/innen sollen mindestens viermal jährlich
22 stattfinden, gemeinsame Ausflüge mit Kindern und Eltern sind wünschenswert. Be-
23 sonders zu fördern sind hier die Integration von ausländischen Eltern und die Stär-
24 kung des Gruppengedankens auch bei den Eltern.

26 **3. Vorschule**

27 Mit vier Jahren findet für alle Kinder ein verbindlicher Sprachtest statt. Dieser landes-
28 weit standardisierte Test ermöglicht es, neben den sprachlichen Kompetenzen auch
29 sonstige, herausragende Fähigkeiten zu erkennen. Je nach Ergebnis sind die Kinder
30 zu fordern und zu fördern. Ab dem vierten Lebensjahr ist der Kindergartenbesuch
31 (ggf. mit Sprachkurs) als Vorschule verbindlich und bleibt kostenlos. Die Regelbe-
32 suchszeit beträgt zwei Jahre. Die Sprachkurse sind durch zertifizierte Spracherzieher
33 anzubieten. Dieses Zertifikat können Erzieherinnen und private Initiativen durch eine
34 entsprechende Prüfung nach staatlichen Rahmenbedingungen erwerben. Durch al-
35 tersgerechte Bildungsmaßnahmen sollte den Kindern das Schreiben und Rechnen na-
36 hegebracht werden. Am Ende der regelmäßigen Vorschulzeit findet ein zweiter
37 Sprachtest statt. Wird dieser nicht erfolgreich absolviert, verlängert sich die Vorschule
38 bis die Sprachfähigkeit attestiert wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Generell fordern wir für die Betreuung von Kindern in Kindergarten und Vorschule:

- (1) Kleine Gruppen, um eine individuelle Betreuung zu ermöglichen
- (2) Flexiblere und längere Öffnungszeiten als bisher inklusive einer regelmäßigen Möglichkeit zum Mittagessen; eine individuelle und effiziente Betreuung der Kinder kann nicht nur halbtags erfolgen.
- (3) Eine bedarfsgerechte Erweiterung des Angebots an Ganztagskindergartenplätzen und -betreuungsmöglichkeiten
- (4) Wahlmöglichkeit einer Fremdsprache. Kinder sollen auf spielerischem Wege und rein verbal erste Kenntnisse in einer Fremdsprache erwerben können

Betreuungseinrichtungen in anderer als staatlicher Trägerschaft sind zu begrüßen. Dies gilt auch für die Anwerbung von Drittmitteln, z.B. durch Sponsoring. Es soll eine freie Wahl der Betreuungseinrichtung gelten. Die Finanzausstattung der Betreuungseinrichtungen ist grundsätzlich zu verbessern. Die entsprechenden Mittel sind vom Bund und Land zur Verfügung zu stellen; sie sollte sich maßgeblich an der Zahl der betreuten Kinder orientieren. Für jede Betreuungseinrichtung sind verbindliche Kapazitätsgrenzen zu ermitteln, die sich aus dem räumlichen Platzangebot und der Anzahl der dort beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher ergibt.

II. Primär- und Sekundarstufe: Die Grundschule

Die Einschulung in die Grundschule erfolgt grundsätzlich mit **sechs** Jahren, soweit nicht mangelnde oder herausragend gute Sprachkenntnisse dem entgegenstehen.

Bereits in der Grundschule ist eine Pflichtfremdsprache zu unterrichten. Zur Auswahl sollen dabei Englisch und Französisch stehen. Kinder, die noch immer Defizite in Deutsch aufweisen, sollen weitere Förderkurse besuchen müssen.

Grundsätzlich sind die Klassenstufen der ersten drei Grundschuljahre (Primärstufe) Jahrgangsübergreifend gemeinsam zu unterrichten. Somit kann auf individuelle Kompetenzen aber auch Schwächen besonders eingegangen werden. Nach dem regelmäßigen dritten Jahr in der Grundschule findet ein Abschlusstest statt. Dieser berechtigt zum Besuch der Sekundarstufe (Klasse 4-6). Wird er nicht erfolgreich absolviert, verlängert sich die Primärstufenzeit.

Dieser Test kann von besonders begabten Schülern aber auch früher abgelegt werden.

1 Ganztagesangebote in Grundschulen begrüßen die Jungen Liberalen, sie sind jedoch
2 keine zwingende Voraussetzung.

3
4 Ab dem regelmäßigen vierten Grundschuljahr folgt die Sekundarstufe in nach Klassen
5 gleichen Kenntnisstands aufgeteilten Gruppen bis zum Ende des sechsten Grund-
6 schuljahrs.

7
8 Jedes Jahr der Sekundarstufe wird mit einem landeseinheitlichen Examen abgeschlos-
9 sen. Die letzten zwei Jahre der Sekundarstufe sind für die spätere Aufteilung in das
10 dreigliedrige Schulsystem maßgebend. Die Schüler sollen durch eine spezielle Diffe-
11 renzierung der jeweiligen Kurse in den Klassen fünf und sechs in ihren individuellen
12 Fähigkeiten gefördert werden.

13
14 Die Noten in den Klassen 5 und 6 entscheiden somit über den weiteren Bildungsweg
15 ab Klasse 7. Die Einordnung in die weiterführenden Schulen soll dabei grundsätzlich
16 wie folgt vollzogen werden:

17
18 - Notenschnitt der Hauptfächer in den Klassen fünf und sechs beträgt 2,0 oder bes-
19 ser: Gymnasium

20 - Notenschnitt der Hauptfächer in Klassen fünf und sechs beträgt 2,1 bis einschließlich
21 2,5: Realschule

22
23 Nach wie vor soll aber auch der Lehrer/Lehrerin aufgrund einer positiven/negativen
24 Prognose der Lernfähigkeit entscheiden.

25
26 Die Schulferien sind grundlegend neu zu regeln. Die Jungen Liberalen fordern deshalb
27 die Einführung von Trimestern an allen Grund- und weiterführenden Schulen. Wie
28 bisher beträgt die Gesamtzahl der Unterrichtswochen 36. Die Ferien sollen dabei auf
29 sieben Wochen im Sommer, drei Wochen um Weihnachten und drei Wochen im Früh-
30 jahr verteilt werden. In den Ferienblöcken sind entsprechende Zusatzveranstaltungen
31 wie Schüleraustausche oder Praktika anzubieten. Kinder, die in einem Fach die
32 nächsthöhere Klassenstufe nicht erreichen, sollen Intensivkurse in den Ferien besu-
33 chen müssen, damit das Klassenziel noch erreicht werden kann. Klassenarbeiten sind
34 gleichmäßig auf alle drei Schulblöcke zu verteilen.

35
36 Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen die derzeitigen Formen des Frontalunter-
37 richts in strengen Zeittakten aus. Ein projektbezogenes, flexible Arbeiten muss geför-
38 dert werden.

39

1 Der Wettbewerb zwischen den Schulen ist wie folgt zu fördern:

- 2 1. Abschaffung der Schulbezirke
- 3 2. Finanz- und Personalautonomie der Schulen
- 4 3. Schulsponsoring
- 5 4. Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts unter Beachtung der Lernziele

8 **III. Tertiärstufe: Das dreigliedrige Schulsystem**

9
10 Die Jungen Liberalen befürworten das dreigliedrige Schulsystem. Der Wechsel und die
11 Durchlässigkeit zwischen den drei verschiedenen Schularten sind zu vereinfachen.
12 Schulwechsel müssen selbstverständlich sein und nicht nur in Ausnahmefällen ge-
13 schehen. Die allgemeine Schulpflicht ist beizubehalten.

14 15 **a. Die Hauptschule**

16 Sinn und Zweck der Hauptschule muss es sein, die Schüler auf den späteren Ein-
17 stieg in das Berufsleben adäquat vorzubereiten sowie deren Persönlichkeitsent-
18 wicklung zu fördern. Dabei ist es von eminenter Bedeutung, die Hauptschule auf-
19 zuwerten. Basis dafür ist der erschwerte Zugang zu Realschule und Gymnasium in
20 der Grundschule.

21
22 Insbesondere bei den Hauptschulen sehen die Jungen Liberalen Bedarf für ein
23 breites Angebot an Ganztagschulen. Die Hauptschule darf keinen Elternersatz
24 darstellen, muss aber auch Schülern aus schwierigen Verhältnissen die Möglichkeit
25 geben, ihr Schulleben durch entsprechende Betreuungsmöglichkeiten erfolgreich
26 zu führen.

27
28 Der Praxisbezug hat insbesondere an den Hauptschulen große Bedeutung. Eine
29 Vielzahl an praktischen Entfaltungsmöglichkeiten und -angeboten neben dem
30 Pflichtunterricht sowie mehr Praktika bei regionalen Unternehmen sind deshalb zu
31 begrüßen.

32
33 Um die Schüler auf ihr späteres Leben vorzubereiten, sind zu Beginn der Haupt-
34 schule in Klasse 7 die Pflichtfächer „Lebensplanung“ und „Wirtschafts- und Ge-
35 meinschaftskunde“ bzw. vergleichbare Fächer einzuführen. Grundlegende Kennt-
36 nisse zur späteren Lebensführung sind den Schülern hierbei zu vermitteln, um den
37 späteren (beruflichen) Alltag bestehen zu können.

38

1 In allen Schularten darf die Klassengröße nicht 25 Schüler überschreiten. Nur
2 durch eine überschaubare Zahl an Schülern können Schüler möglichst individuell
3 betreut werden.

4 Neben der Neueinstellung von Lehrkräften ist auch die Erhöhung der Debu-
5 tatsstunden zu prüfen.

6
7 Die Hauptschule endet mit einem Abschluss in Klasse 9 und einer landeseinheitli-
8 chen Prüfung.

9 10 **b. Die Realschule**

11 Die Realschule soll wie bisher nach der 10. Klasse abschließen. Bereits ab der 7.
12 Klasse sollen auch hier Grundsteine für den späteren Berufsweg gelegt werden. So
13 ist ab der 7. Klasse das Fach „Wirtschaft- und Gemeinschaftskunde“ oder ein ver-
14 gleichbares Fach zu unterrichten.

15
16 Die Realschule muss wieder ein attraktiver Ausgangspunkt für viele Ausbildungs-
17 berufe im kaufmännischen Bereich werden. Es ist inakzeptabel und schädlich für
18 den Schulabschluss „mittlere Reife“, dass Arbeitgeber für viele kaufmännische
19 Ausbildungen wie z.B. Bankkaufmann/-frau das Abitur als Voraussetzung wün-
20 schen.

21
22 Es ist sicherzustellen und zu fördern, dass Realschüler nach der mittleren Reife
23 aber auch die Möglichkeit haben, Gymnasien jeglicher Form zu besuchen.

24 25 **c. Das Gymnasium**

26 Das Gymnasium ist in erster Linie Ausgangspunkt für ein Studium an einer Hoch-
27 schule.

28
29 Basis für das Gymnasium sind die Noten in der 5. und 6. Klasse der Grundschule.
30 Wie bei allen weiterführenden Schulen ist aber keinem der Weg zum Gymnasium
31 nach der Grundschule verschlossen. Im Gegenteil, gute Realschüler sollen ermu-
32 tigt werden, zu wechseln.

33
34 c1) Das allgemein bildende Gymnasium

35 In der 7. Klasse ist das Fach „Gemeinschaftskunde- und Wirtschaftskunde“ einzu-
36 führen.

37
38 Die Jungen Liberalen erachten die unlängst neu gestaltete Oberstufe des Gymna-

1 siums als wenig sinnvoll. Wir fordern ein Kurssystem, wie es vor der letzten Re-
2 form der Oberstufe existierte.

3 Die mündliche Präsentationsprüfung, GFS und Methodikkurse sind beizubehalten.
4 In Anbetracht des Abiturs mit Abschluss der 12. Klasse ist das Kurssystem ab
5 Klasse 10 einzuführen. Den Schülern soll dabei eine große Wahlfreiheit bei ihren
6 individuellen Neigungen und Fächern gegeben werden, ohne jedoch grundlegende
7 Fächer wie Mathematik, Deutsch und die erste Fremdsprache zu vernachlässigen.
8 Die Schulen haben für ein ausreichendes Wahlangebot Sorge zu leisten.

9 10 c2) Weitere Gymnasiumsformen

11 Die Jungen Liberalen erachten es als sinnvoll, dass neben dem allgemein bilden-
12 den Gymnasium ab der 10 Klasse auch die beruflichen Gymnasien angeboten
13 werden. So können z.B. wirtschaftsorientierte-, technischerorientierte- oder ernäh-
14 rungswissenschaftliche Gymnasien die Erfordernisse und Interessen der Schüler
15 zusätzlich abdecken. Wir möchten die beruflichen Gymnasien so aufwerten, dass
16 Benachteiligungen gegenüber dem allgemeinbildenden Gymnasium (z.B. in
17 sprachlichen Fächern) in Ausstattung und Qualität nicht mehr auftreten. Wir er-
18 achten ein breit gefächertes Bildungsspektrum als wichtig.

19 20 21 22 **Begründung:**

23
24
25 Erfolgt mündlich
26
27
28
29